

Entwicklungen & Trends 2025

Regionalentwicklung – wieder im Windschatten der Politik?

von Eberhard Prunzel-Ulrich und Christof Potthof

Die vorgezogene Bundestagswahl und die neue politische Konstellation in Berlin sowie die Vorlage der Pläne für die nächste Periode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) durch die EU-Kommission setzen den Rahmen – auch – für die Entwicklungen im ländlichen Raum. Allerdings wenig vielversprechend: Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung gibt für den ländlichen Raum nicht viel her. Gleichzeitig droht aus Brüssel eine Reduktion der finanziellen Mittel, da der vorgelegte Mehrjährige Finanzrahmen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehr Autonomie bei der Realisierung eigener Pläne einräumt. Das birgt die Gefahr, dass sich Regierungen gegen die Förderung des ländlichen Raums entscheiden. Starke Impulse könnten jedoch gerade die Nahversorgungsstrukturen im ländlichen Raum dringend gebrauchen, zeigen doch die Zahlen eine weiter fortschreitende Reduktion von Verarbeitungsbetrieben. Abschließend soll in diesem Rückblick auf eine Studie eingegangen werden, die im Auftrag des Umweltbundesamtes entstanden ist. Thema ist die zentrale Frage, ob und in welchem Umfang die positiven wie negativen Effekte der Regionalisierung auch quantitativ erfasst werden können, was für die politische Steuerung solcher Prozesse von großer Bedeutung wäre. Eine komplexe Aufgabe, wie sich zeigen wird.

**Wenig
Vielversprechendes
in Sachen Regional-
förderung aus
Berlin und Brüssel**

Bundestagswahl, Koalitionsvertrag, Regierungswechsel

Mit der neuen Bundesregierung hat sich im Bundeslandwirtschaftsministerium seit Mai 2025 ein neuer Minister eingerichtet: Alois Rainer (CSU), Metzgermeister aus Bayern. Rainer ist bereits seit 2013 im Bundestag, zuletzt – von 2021 bis 2025 – als Vorsitzender des Finanzausschusses.¹

Petra Bentkämper, die Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), hat sich in einem Interview zu ihren Erwartungen geäußert. Insgesamt wünscht sie sich mehr Sichtbarkeit für ländliche Räume in der Regierungsarbeit und eine größere Aufmerksamkeit für die zu lösenden Probleme. Im Koalitionsvertrag der neuen schwarz-roten Koalition hat sie das jedoch nicht gefunden: »Der Abschnitt *Ländliche Regionen* umfasst nicht mal eine halbe Seite und enthält neben einer Situationsbeschreibung vor allem Allgemeinplätze. Ich finde das enttäuschend.« Sie hätte es z. B. auch »begrüßt, wenn die ländlichen Räume explizit in die Ministeriumsbezeichnung aufgenommen worden wären. Das wäre ein Signal gewesen, dass man es ernst meint mit diesem Thema.«

**Enttäuschend:
die wenigen Passagen
zu ländlichen Regionen
im Koalitionsvertrag**

Mit Genugtuung hat Bentkämper aufgenommen, dass es eine vom dlv initiierte Studie über die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in der Landwirtschaft in den Koalitionsvertrag und in eine Bundestagsrede des Ministers geschafft hatte. Konkret fordert sie, dass die »Bedeutung der Frauen auf den Höfen sichtbar« wird. Die Situation müsse sich verbessern, das reiche »von der Agrarsozialpolitik bis zur Junglandwirteförderung«.

**Landfrauen fordern:
Strukturelle Hürden für
politische Beteiligung
von Frauen abbauen**

Der dlv fordert die Politik auf, »verstärkte Anstrengungen zur Förderung der politischen Repräsentation von Frauen zu unternehmen und strukturelle Hürden für die politische Beteiligung von Frauen abzubauen«.² Dafür wurde das Projekt *Frauen.Vielfalt.Politik* gestartet, ein Projekt des Deutschen LandFrauenverbandes in Kooperation mit EAF Berlin.³ EAF Berlin begleitet Organisationen in Veränderungsprozessen hin zu mehr Vielfalt in Führung. »Angesichts aktueller Herausforderungen wie zunehmender antifeministischer Tendenzen und der Bedrohung der Demokratie« gelte es, so der dlv, »verstärkte Anstrengungen zur Förderung der politischen Repräsentation von Frauen zu unternehmen und strukturelle Hürden für die politische Beteiligung von Frauen abzubauen«.⁴

Weichenstellungen für die neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Die EU-Kommission hatte ihre Vorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in den Jahren 2028 bis 2034 im Juli 2025 vorgestellt.⁵ Diese werden teils heftig kritisiert. »Die Bewertungen aus Politik, Verbänden und der Wissenschaft für die Reformvorschläge sind ausnahmslos schlecht« – so fasst der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) die Einschätzungen zur neuen GAP zusammen.⁶ Das liegt insbesondere auch an der neuartigen Finanzarchitektur, dem – wie die Kommission selbst ihn nennt – »ehrgeizigen und dynamischen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)«.⁷ Die Kommission verzichtet darin auf festgelegte Budgets für einige wichtige Programme – unter anderem die Programme für die ländliche Entwicklung und den ländlichen Raum. Vielmehr werden bekannte und bewährte Programme zur Stärkung des ländlichen Raums, wie z. B. LEADER⁸, in Zukunft mit denen aus anderen Politikbereichen in einem großen Topf zusammengefasst und konkurrieren mit ihnen um die finanzielle Ausstattung.

**Neuartige
Finanzarchitektur
der GAP zuungunsten
ländlicher Räume**

Die Verbände-Plattform hatte schon im Mai 2025 bei der Formulierung ihrer Erwartungen und Forderungen an die zukünftige GAP speziell die ländliche Entwicklung angesprochen: »Ein besonderes Risiko für Natur, Umwelt, Tiere und ländliche Entwicklung zeichnet sich zudem dadurch ab, dass im Ringen zwischen der Europäischen Kommission, dem Agrarministerrat und dem Agrarausschuss des Europäischen Parlaments um den Erhalt der eigenständigen GAP am Ende [...] ausgerechnet der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, heutige 2. Säule) auf EU-Ebene den Kürzeren zieht und im Tauziehen zur Gestaltung des einen nationalen Plans vollends auf der Strecke bleibt. Das wäre fatal und muss verhindert werden.«⁹

Infrage steht in diesem Zusammenhang auch, inwieweit die Regionen in Zukunft mitreden und mitentscheiden können. Natash Foote, Autorin für ARC2020, erinnert an vergangene Erfahrungen: »Wie wir in den Verhandlungen der letzten [aktuellen] GAP-Reform lernen konnten, liegt in dem Plan das Risiko der Konzentration und Zentralisierung der Macht in den Händen der Regierungen, der Nationalstaaten und der Kommission. Inwieweit die Regionen und ländliche Gebiete Einblick bekommen, steht dagegen infrage.«¹⁰

**Mitspracherecht der
Regionen fraglich**

Die Kritik des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) geht in eine ähnliche Richtung: »Die Europäische Kommission plant für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2028 einen *National and Regional Partnership Plan*, der bisherige Förderinstrumente wie EFRE, ELER und ESF [11] in einem übergeordneten Großfonds zusammenführt. [...] Die pauschale Mittelverteilung über nationale Pläne gefährdet die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Der DStGB fordert daher, die ländliche Entwicklung im neuen Fonds mit einem festen Mittelanteil (Ringfencing) abzusichern.« Was dem DStGB zudem nicht gefällt: »Der Kommissionsvorschlag sieht [...] eine Einschränkung auf agrarnahe Maßnahmen vor. Dies widerspricht der Bedeutung von LEADER und untergräbt das ehrenamtliche Engagement der Akteure, die zum Großteil nicht aus dem Agrarsektor stammen.«¹²

ELARD, die European Leader Association for Rural Development, zitiert EU-Agrarkommissar Christophe Hansen, der seinerseits in einer Rede sichtlich darum bemüht ist, die Sor-

gen um die LEADER-Förderungen zu beruhigen: »Ich weiß, dass Ihnen die ländliche Entwicklung sehr am Herzen liegt. Sie mag nicht im Titel der Verordnung stehen, aber ihr Inhalt ist vorhanden. Alle bekannten Maßnahmen sind enthalten und werden sogar verstärkt. LEADER wird künftig noch stärker von einem integrierten Ansatz profitieren, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, Ressourcen zu bündeln und auch hier wirkungsvoller zu sein.«¹³ Im ELARD-Netzwerk der lokalen Akteure bleiben starke Zweifel, insbesondere da es den Mitgliedstaaten bisher *freigestellt* bleibt, ob sie das LEADER-Programm nutzen oder nicht. Entsprechend starteten die Mitglieder des Netzwerks im November 2025 eine Kampagne, mit der sie sich für ein festgeschriebenes LEADER-Budget und für die verpflichtende Anwendung des Programms durch die Mitgliedstaaten einsetzen.¹⁴

Kampagne gestartet zur Festschreibung des LEADER-Budgets

Bundesverband der Regionalbewegung

Für den Jahreshöhepunkt der Regionalbewegung kamen die Vorschläge der EU-Kommission zu früh. Zum 2025er-Bundestreffen traf sich die Regionalbewegung bereits vom 4. bis zum 6. Juni im niedersächsischen Schneverdingen in der Lüneburger Heide. Hier kamen mehr als 200 Teilnehmer:innen und Referierende unter dem Motto »Regionale Strukturen gehen uns alle an!« zusammen.¹⁵

Gesamtgesellschaftliche Funktionen können »die Regionalen« nur übernehmen, wenn sie gestärkt werden. Aber, die Zahlen sprechen eine andere Sprache: Regionale Nahversorgungsstrukturen haben zwischen 1998 und 2024 bundesweit deutlich abgenommen. Rund 58 Prozent der Handwerksbäckereien und 46 Prozent der Fleischereien mussten ihre Betriebe aufgeben. Auch die kleinstrukturierte Landwirtschaft (Betriebe mit bis 50 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche) hat sich in diesem Zeitraum dramatisch verändert. Die Anzahl kleinstrukturierter landwirtschaftlicher Betriebe hat sich sogar um 70 Prozent reduziert. »Wir müssen es schaffen, dass wir regionale Strukturen erhalten – sonst haben wir in Zukunft kein Vermarktungsproblem für regionale Produkte, sondern ein extremes Verfügbarkeitsproblem. Wir alle müssen dieses Dilemma der wegbrechenden Strukturen gemeinsam angehen, egal ob bio oder konventionell, groß oder klein«, mahnt Nicole Nefzger, eine der beiden Geschäftsführerinnen des Bundesverbandes der Regionalbewegung.¹⁶

Seit 1998 Rückgang der Höfe bis 50 Hektar um 70 Prozent

So war es nur konsequent, dass eines der Fachforen des Bundestreffens unter dem Titel »Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen – wie kann das gelingen?« stand. In diesem eröffnete Lukas Dörrie vom »Kompost Ensemble« und der Universität Münster mit einem Input, in dem er Einblicke in die Studie *Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen: Wie gelingt eine Trendwende?*¹⁷ vermittelte. Diese hatte er 2024 gemeinsam mit Carla Wember für das Institut für ländliche Strukturforchung veröffentlicht: Ein wesentlicher Punkt, den es laut der Studie z. B. bei der Förderung bzw. dem Aufbau regionaler Strukturen zu beachten gelte, sei deren Mehrdimensionalität mit – unter anderem – Wertschöpfung, Ressourcennutzung, Eigentumsverhältnissen oder Logistik. »Bei der Förderung von Verarbeitungsstrukturen sollte auf eine mögliche (räumliche und rechtliche) Trennung von landwirtschaftlichem Betrieb und nachgelagerten Strukturen geachtet werden. Auch wenn eine Verarbeitungsstruktur aus einem oder mehreren landwirtschaftlichen Betrieben heraus entsteht und beide miteinander kooperieren, sollten sie einerseits nicht zu regionalen Machtzentren werden und andererseits sich im Fall des Scheiterns nicht gegenseitig verunmöglichen.«¹⁸ Im Weiteren führte Dörrie aus, dass es nicht selten schwer sei, die Effekte von Regionalisierung – z. B. auf Biodiversität oder Kohlendioxidemissionen – zu generalisieren und Kausalbeziehungen kaum zu belegen seien (dazu mehr weiter unten).¹⁹

Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen ...

Als Beispiel einer Genossenschaftsgründung stellte Antje Radke die Bäckerei Harzbrot eG vor. Diese wurde am 15. Juni 2022 gegründet und hat am 1. Oktober 2022 den Betrieb aufgenommen. Die Genossenschaft hat mittlerweile über 250 Mitglieder, die das Projekt mit circa 170.000 Euro Einlagen tragen. Trotzdem gibt es immer wieder neue Herausforderungen, z. B. wenn Ersatz für die kaufmännische Leitung und den Vorstand gefunden werden muss. Die gute Nachricht des Tages lautete aber, dass die Genossenschaft das Jahr 2024 mit schwarzen Zahlen endete.

... Studie zeigt, wie Trendwende gelingen könnte

In die Zukunft blickte demgegenüber die Unternehmensberaterin Ilona Gebauer, die den Teilnehmer:innen das Projekt zur Gründung eines regionalen, genossenschaftlich organisierten

Schlachthofes vorstellte. Die MainLand Fleisch Genossenschaft wurde im Mai 2025 gegründet. Sie strebt für ihre elf bis zwölf Millionen Euro Baukosten eine Förderquote von 40 Prozent an.

Zum Abschluss des Forums stellte Harald Wedel vom Kompetenzzentrum ländliche Entwicklung in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) die Fördermaßnahme *RegioKost – Aufbau von Verarbeitungsstrukturen für regionale Lebensmittel in ländlichen Räumen* des Bundeslandwirtschaftsministeriums vor. Das Ministerium hatte bereits 2023 das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) um den Bereich Regionale Wertschöpfung erweitert (BULEplus). Gefördert werden unter anderem:

- »Projekte zum Aufbau/zur Erweiterung von Verarbeitungsstrukturen, vorrangig in kleineren Einheiten oder Unternehmen.
- Besonders willkommen, aber nicht Bedingung: Vorverarbeitung für die Außer-Haus-Verpflegung, insb. Gemeinschaftsverpflegung.
- Querschnittsthemen: Kooperation, Logistik und neue Verarbeitungsprodukte.«²⁰

Fünf Kernforderungen an die Politik

- 1. Ländliche Räume politisch aufwerten und sichtbar machen:** Die Bundesregierung sollte ländliche Räume klar in Ressortbezeichnungen, Strategien und Gesetzesfolgenabschätzungen verankern. Dadurch wird sichtbar, dass ihre Herausforderungen gezielt bearbeitet werden sollen. Ein eigener, gut ausgestatteter Politikschwerpunkt »Ländliche Räume« würde auch die Arbeit von Verbänden und Kommunen stärken, weil sie einen klaren Ansprechpartner und verbindliche Ziele hätten.
- 2. Mittel für ländliche Entwicklung, ELER und LEADER rechtlich absichern:** Die Bundesregierung sollte sich in Brüssel dafür einsetzen, dass im Mehrjährigen Finanzrahmen ein fester Mittelanteil (»Ringfencing«) für ländliche Entwicklung und für Programme wie ELER und LEADER festgeschrieben wird. Es braucht verbindliche Mindestbudgets und die verpflichtende Anwendung von LEADER in allen Mitgliedstaaten, statt die Programme in einem großen Fonds mit anderen Politikbereichen konkurrieren zu lassen. Gleichzeitig muss die Mitsprache der Regionen bei der Ausgestaltung der nationalen Pläne gesichert werden, um eine zu starke Zentralisierung in den Nationalstaaten zu verhindern.
- 3. Regionale Verarbeitungs- und Nahversorgungsstrukturen gezielt fördern:** Angesichts des massiven Rückgangs von Bäckereien, Fleischereien und kleinstrukturierten Höfen braucht es eine langfristige Förderstrategie für regionale Verarbeitung und Nahversorgung. Die Förderprogramme müssen ausreichende Mittel, vereinfachte Antragswege und eine stärkere Beratung für Genossenschaften, kleine Unternehmen und kommunale Initiativen verbinden. So sollten die Richtlinien in Zusammenarbeit mit den Praktikern entwickelt werden und alte Zöpfe abgeschnitten werden, wie z. B. das Verbot, gebrauchte Anlagen und Maschinen zu kaufen.



- 4. Rolle von Frauen in Landwirtschaft und ländlicher Politik stärken:** Die Politik sollte die Ergebnisse der dlV-Studie ernst nehmen und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen auf Höfen und im ländlichen Raum ergreifen – von der Agrarsozialpolitik bis zur Junglandwirtförderung. Dazu gehören faire soziale Absicherung, Anerkennung von Arbeit auf Familienbetrieben und gezielte Förderprogramme für Gründerinnen. Parallel müssen strukturelle Hürden für die politische Beteiligung von Frauen abgebaut werden, etwa durch Qualifizierungsprogramme, Mentoring und familienfreundliche Rahmenbedingungen in kommunalen Gremien. Mehr weibliche Repräsentanz führt zu anderen politischen Schwerpunkten – etwa bei Daseinsvorsorge, Ehrenamt und regionaler Entwicklung.
- 5. Regionalisierung von Ernährungssystemen politisch verankern:** Die Politik sollte Regionalisierung ausdrücklich als Baustein der sozial-ökologischen Transformation des Ernährungssystems anerkennen und entsprechende Ziele in Ernährungs-, Agrar-, Klima- und Strukturpolitik verankern. Dafür braucht es bessere Daten, Forschungsförderung und Evaluationsinstrumente, um Effekte auf Klima, Biodiversität, Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Resilienz systematisch zu erfassen. Gleichzeitig müssen Zielkonflikte – etwa zwischen Klimaschutzeffizienz und Förderung kleinteiliger Strukturen – offen benannt und durch klare Leitlinien aufgelöst werden. Förder- und Rechtsrahmen sollten so ausgestaltet werden, dass regionale Wertschöpfungsketten, hohe Selbstversorgung und Lernorte für Ernährungs- und Umweltbildung gestärkt werden, ohne vulnerable Gruppen vom Zugang zu guten Lebensmitteln auszuschließen.

Weitere Foren (auf die wir hier nicht im Detail eingehen können) behandelten unter anderem die Themen Berufsbild der Wertschöpfungskettenentwickler:innen oder Naturlandschaften und regionale Wertschöpfung.²¹

Durch den Veranstaltungsort in Schneverdingen lag ein Fokus des diesjährigen Bundestreffens auf Niedersachsen. Die Landwirtschaftsministerin des Landes, Miriam Staudte, ließ es sich entsprechend nicht nehmen, in ihrem Statement den Niedersächsischen Weg zu empfehlen, demzufolge vor allem das Miteinander verschiedener Akteur:innen gelebt wird.²²

Mögliche Effekte einer Regionalisierung

Regionalisierung von Ernährungssystemen: Einschätzung von Nachhaltigkeitspotenzialen und Darstellung politischer Handlungsansätze – so lautet der Titel einer Untersuchung, die vom Umweltbundesamt beauftragt wurde.²³ Die Autor:innen haben geprüft, inwieweit sich die mit der Regionalisierung von Ernährungssystemen verbundenen Effekte haben belegen lassen. Entsprechend der verbreiteten Systematik der Nachhaltigkeitsdebatte wurden die Effekte nach Umweltwirkungen, ökonomischen und sozialen Effekten systematisiert, ergänzt um Effekte auf die Resilienz des Ernährungssystems. Die Effekte wurden sowohl auf ihre Plausibilität als auch auf die Effektstärke hin bewertet.

Beispielhaft – und vereinfacht – soll hier die Bewertung der möglichen Umwelteffekte der Regionalisierung auf die Reduktion des CO₂-Ausstoßes abgebildet werden: Nach Darstellung der Autor:innen könne eine allgemeingültige Aussage, dass die CO₂-Bilanz regionaler Produkte in jedem Einzelfall besser sei als die überregionaler Produkte, nicht getroffen werden. Die Ergebnisse seien teilweise widersprüchlich oder es sei notwendig, z. B. Transportwege sehr detailliert zu berücksichtigen. Werden die auf Deutschland bzw. die Schweiz bezogenen Öko-Bilanzstudien bewertet, sei nichtsdestotrotz der Schluss möglich, dass »im Durchschnitt die Vorzugswürdigkeit regionaler Ware aus Emissionsperspektive gegeben« ist, »wenn Regionalität mit Saisonalität gekoppelt wird.«²⁴ Teilweise ist der CO₂-Abdruck der Produktion deutlich wichtiger als der des Transportes, z. B. bei vielen Tierprodukten oder wenn Gemüse in beheizten Gewächshäusern produziert wird.

Insgesamt wird dieser Effekt von den Autor:innen bei der Plausibilität als »moderat« und bei der Effektstärke als »moderat bis niedrig« bewertet. Methodisch bleibt dieser Effekt auf die Treibhausgase beschränkt, was von den Autor:innen als unzureichend angesehen wird. Weitere Umweltwirkungen (Reifenabrieb, Stickstoffemissionen, infrastrukturbedingter Flächen- bzw. Ressourcenverbrauch) bleiben – oft aufgrund fehlender Daten – unberücksichtigt.²⁵

Die Autor:innen kommen zu dem Schluss, dass es trotz unübersichtlicher Untersuchungs- und Datenlage möglich sei, ein »großformatiges Bild bezüglich der Vor- und Nachteile einer Regionalisierung von Ernährungssystemen« zu zeichnen – wenn auch »an vielen Stellen eher ein skizzenhaftes.«²⁶ Es zeigen sich viele positive Effekte der Regionalisierung, die in den Bereichen Ökologie und Ökonomie durchwachsener, in den Bereichen Soziales und Resilienz sehr viel deutlicher belegbar sind. Unklar ist, inwieweit die Probleme, die bei der Regionalisierung mit Aspekten der Effizienz auftreten, auch den Fragestellungen und Kriterien des aktuell angewandten Effizienzbegriffs geschuldet sind. Zielkonflikte können entstehen, z. B. zwischen der Förderung von kleinteiligen Strukturen, die unter Klimaschutzaspekten vielleicht nicht immer das beste Bild abgeben, dafür aber die Biodiversität oder den Aufbau und Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützen. Grundsätzlich halten die Autor:innen eine »nachhaltigkeitsorientierte Regionalisierung von Ernährungssystemen und Wertschöpfungsketten in Anbetracht der erfolgten Effektauswertung für eine relevante Strategie für die sozial-ökologische Transformation des Ernährungssystems.«²⁷

CO₂-Bilanz regionaler Produkte ...

... ist positiv, wenn Regionalität mit Saisonalität verknüpft wird

Anmerkungen

1 Zu den agrarpolitischen Aspekten des Koalitionsvertrages siehe den Beitrag von Friedhelm Stodiek in diesem *Kritischen Agrarbericht*; dort werden auch zentrale Passagen des Koalitionsvertrags dokumentiert., S. 39-56.

2 R. Münch: Ländliche Räume brauchen eine starke Stimme. Interview mit der Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv), Petra Bentkämper. In: *Ländliche Räume 2* (2025), S. 12-14 (www.asg-goe.de/pdf/LR225-Interview-Petra-Bentk%C3%A4mper.pdf).

- 3 www.frauen-vielfalt-politik.de: Projektwebseite des Gemeinschaftsprojektes Frauen.Vielfalt.Politik des Deutschen Landfrauenverbandes und EAF Berlin. Siehe auch: www.eaf-berlin.de/was-wir-tun/modellprojekte/projekt/frauenvielfaltpolitik.
- 4 dlV: Frauen.Vielfalt.Politik (www.landfrauen.info/projekte/projekt-frauen-vielfalt-politik).
- 5 Siehe die Beiträge von Daniela Wannemacher und Henrik Maaß und Martin Häusling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 57-62 bzw. S. 63-67.
- 6 DLV: Agrarreform wirft Schatten voraus. DLV-Rundbrief Herbst 2025, S. 12-13. Ansbach 2025 (www.dlv.org/fileadmin/user_upload/DLV-Rundbriefe/DLV-Rundbrief_Herbst_2025.pdf).
- 7 EU-Kommission: Ein ambitionierter Haushalt für ein stärkeres Europa: 2028-2034. Brüssel 2025 (www.ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_1847).
- 8 Zum LEADER-Programm schreibt z. B. das Bundeslandwirtschaftsministerium: »LEADER und die Europäische Innovationspartnerschaft für landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit (EIP Agri) sind zwei ausgewählte Instrumente der Europäischen Union auf Grundlage der ELER-Förderung, mit denen vor allem innovative Projekte in ländlichen Regionen unterstützt werden« (www.bmleh.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/eu-foerderung/leader-eip-agri.html).
- 9 Verbände-Plattform: Stellungnahme der Verbände-Plattform zur Vision der EU-Kommission zur Landwirtschaft und zum MFR Gemeinsam Qualitätsproduktion wettbewerbsfähig machen – Ernährung krisenfest sichern! Mai 2025 (www.verbaende-plattform.de/fileadmin/Dokumente_u._Grafiken/Stellungnahmen/2025-05-06_Gemeinsam_Qualit%C3%A4tsproduktion_wettbewerbsf%C3%A4hig_machen_%E2%80%93_Ern%C3%A4hrung_krisenfest_sichern_.pdf).
- 10 N. Foote: A not so Common Agricultural Policy and a Mega MF(F)ing Fund – What’s Cooking in the New CAP? Paris 2025 (www.arc2020.eu/a-not-so-common-agricultural-policy-and-a-mega-mffing-fund-whats-cooking-in-the-new-cap) [eigene Übersetzung].
- 11 EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung), ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), ESF (Europäischer Sozialfonds).
- 12 Deutscher Städte- und Gemeindebund: Mehrjähriger Finanzrahmen und Kohäsionspolitik der EU: Ländliche Räume und Kommunen im Blick behalten. Nachricht zum Positionspapier vom 29. Juli 2025 (www.dstgb.de/publikationen/positionspapier/mehrjaehriger-finanzrahmen-und-kohaesionspolitik-der-eu-laendliche-raeume-und-kommunen-im-blick-behalten). – Deutscher Städte- und Gemeindebund. Mehrjähriger Finanzrahmen und Kohäsionspolitik der EU: Ländliche Räume und Kommunen im Blick behalten. Positionspapier vom 29. Juli 2025.
- 13 ELARD: Leader recognised, but not guaranteed: ELARD reacts to new EU budget proposal. Wemmel 2025 (<https://mailchi.mp/d2a18082259f/t3uhuptmfr-6743561?e=a79d0455ce>).
- 14 ELARD: ELARD launches letter Campaign to MEPs & CoR Members to safeguard LEADER/CLLD in next EU budget. Wemmel 2025 (www.elard.eu/elard-launches-letter-campaign-to-meps-cor-members-to-safeguard-leader-clld-in-next-eu-budget).
- 15 Weitere Informationen: www.regionalbewegung.de.
- 16 »Regionale Strukturen gehen uns alle an!«. Pressemitteilung des Bundesverbands der Regionalbewegung vom 12. Juni 2025 (www.regionalbewegung.de/web/content/16578/Pressemitteilung_Bundestreffen%20Regionalbewegung_12.06.2025.pdf?unique=b8639144cf47dcd32923487035e7e515e73d25b).
- 17 C. Wember und L. Dörrie: Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen – Wie gelingt eine Trendwende? Frankfurt am Main 2024 (www.ifls.de/referenzen/publikationen/details/aufbau-regionaler-verarbeitungsstrukturen-wie-gelingt-eine-trendwende).
- 18 Ebd., S. 42.
- 19 L. Dörrie: Aufbau regionaler Verarbeitungsstrukturen. Vortrag im Fachforum 4 beim Bundestreffen der Regionalbewegung. Juni 2025 in Schneverdingen (www.regionalbewegung.de/web/content/16539/Forum%204_Aufbau%20regionaler%20Verarbeitungsstrukturen_D%C3%B6rrie.pdf).
- 20 H. Wedel: RegioKost – Aufbau von Verarbeitungsstrukturen für regionale Lebensmittel. Eine Fördermaßnahme des BMLEH. Impuls im Fachforum 4 beim Bundestreffen der Regionalbewegung. Juni 2025 in Schneverdingen (www.regionalbewegung.de/web/content/16602/BRB_Forum4_RegioKost_Wedel_Versand.pdf?unique=b6850ffcabfoe6daf9f1ccc353c754ba969ec45).
- 21 Bundesverband der Regionalbewegung: Bundestreffen. Feuchtwangen 2025 (www.regionalbewegung.de/bundestreffen).
- 22 Bundesverband der Regionalbewegung: Regionale Strukturen gehen uns alle an! Feuchtwangen 13. Juni 2025 (www.regionalbewegung.de/web/content/16586/Pressemitteilung_Bundestreffen-Regionalbewegung_NDS_20250613.pdf?access_token=4ef46cf5-2564-496d-bcc6-5e5fa148f51a).
- 23 G. Hanke, F. von Mehring und S. Wunder: Regionalisierung von Ernährungssystemen: Einschätzung von Nachhaltigkeitspotenzialen und Darstellung politischer Handlungsansätze. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Texte 89/2023. Dessau-Roßlau 2023 (www.umweltbundesamt.de/publikationen/regionalisierung-von-ernaehrungssystemen).
- 24 Ebd., S. 39.
- 25 Ebd., S. 40.
- 26 Ebd., S. 61.
- 27 Ebd., S. 62.



Eberhard Prunzel-Ulrich

Altenteiler auf dem Käsehof Landolfs-hausen, eines Betriebes mit Schafen und Ziegen im südlichen Niedersachsen. Er ist in den Vorständen der AbL Niedersachsen und des Bundesverbandes der Regionalbewegung.

kaesehof@t-online.de



Christof Potthof

Fachautor in den Bereichen Agrar und Umwelt. Er ist aktiv in der AbL Nordost.

post@freiraumbureau.de